

# Landtags-Beilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 2.

Beauftragt mit der Herausgabe: Hofrat Dörries in Dresden.

1917.

## 37. ordentlicher Landtag.

### Der sächsische Staatshaushaltsplan auf die Jahre 1918 und 1919.

(Fortsetzung.)

#### I. Haushalt der Oberhäupte.

##### A. Nutzungen des Staatsvermögens und der Staatsanstalten.

Bei den an der Spitze des Haushalts der Oberhäupte stehenden, den wichtigsten und wertvollsten Teil des Königl. Domänenvermögens bildenden Forsten (Kap. 1) sind die Einnahmen auf 21.170.000 M. (+ 4.281.521 M.) und die Ausgaben auf 17.723.482 M. (- 68.685 M.) veranschlagt, jedoch ein Überschuss von 13.393.518 M. (+ 4.350.106 M.) erwartet wird. Von den Einnahmen entfällt naturgemäß der größte Teil mit 20.280.000 M. (+ 4.192.521 M.) auf Holzschäfte, wobei eine Holzmenge von 780.000 Festmetern Betrieb mit 86 v. H. Kuppeln und ein Durchschnittserlös von 26 M. gegen 800.000 Festmeter zu 20 M. im vorigen Haushalt angenommen ist. Der Durchschnittserlös für 1 Festmeter betrug in den Jahren 1914 bis 1916: 22 M. 49 Pf., nämlich 1914: 21 M. 02 Pf., 1915: 19 M. 07 Pf. und 1916: 27 M. 37 Pf. Daß sich der durchschnittliche Festmeterpreis in den Jahren 1918 und 1919 um mehr als etwa 3 M. 50 Pf. über den Durchschnitt der Jahre 1914 bis 1916 erheben wird, kann nicht mit ausreichender Sicherheit angenommen werden. Zurzeit wird der Durchschnittserlös durch freihändige Abgabe des gesamten Brennholzes zu niedrigen Preisen an die Kommunalverbände, durch Lieferung billigen Scheitels an die Reichskasse für Papierholz, durch weitgehende Ausschüttung der Versteigerungen bei der Verwertung von Stämmeholz und Schindeln gedrückt. Wie lange diese Verhältnisse andauern und wie sich der Holzmarkt nach Friedensschluß entwickeln wird, läßt sich nicht absehen. Die durch Schnee-, Eis- und Windrisiko sowie umfangreiche Frieße in den Jahren 1910 und 1911, durch die außergewöhnliche Trockenheit des letzten Jahres, durch Raubschäden, Ableitung von Quell- und namentlich Grundwasser nach zahlreichen Stadt- und Landgemeinden usw. hervorgerufenen Schäden sind während des Krieges noch dadurch erheblich vermehrt worden, daß alle den Holzwuchs fördernden wirtschaftlichen Maßnahmen der Boden- und Bewirtschaftung aus Mangel an Arbeitskräften unterbleiben mußten, sowie daß durch umfangreiche Entnahme von Bodenfrucht, durch Kuppung zumächterter Bestände auf Holz sowie durch Zurückstellung des Wiederanbaues der Schlaglöcher der Holzwuchs und die Bodenkraft ganz erheblich beeinträchtigt wurden. Aus diesen Gründen hätte an sich schon im Haushaltsplan auf 1916/17 der Durchschnittserlös nicht in Höhe von 800.000 Festmetern eingeschätzt werden sollen. Der Umstand jedoch, daß in den letzten Jahren der Holzschlag nicht voll erfüllt werden konnte, und die Annahme, daß auch für geraume Zeit nach Friedensschluß mit einer Holzknappheit aus dem Ausland nicht gerechnet werden kann und deshalb zur Veranschlagung des Holzbedarfes im Lande auch weiterhin noch außerordentlich hohe Preise zu erwarten sind, lassen es gerechtfertigt erscheinen, eine Verminderung von 800.000 auf nur 700.000, also um 20.000 Festmeter vorzunehmen. Von den Ausgaben entfallen 1.911.115 M. auf Bestellungen, die sich mit 1.791.756 M. auf die Fortbewegung und 119.357 M. auf die Betriebsunterhaltung (einschließlich 9063 M. für Beamte bei der Arbeiterversicherung) verteilen. Vom 1. Januar 1918 ab soll die Stelle des Oberförsters ohne Revier auf dem Goller Teile des Forstreviers Weiß in eine Försterei umgewandelt werden, außerdem soll zum gleichen Zeitpunkte die Umwandlung von 3 Forstrevieren in die Oberförstereien Schöndorf, Marienberg und Schwarzenberg in 3 Bureauforstereien unter gleichzeitiger Eingliederung von 3 Expedientenstellen vor sich gehen. Eine Expedientenstelle für Bauernwaltergehülfe beim Forstrevieramt Geinna ist von Kap. 1, Bauernwalter, auf Kap. 1 übernommen worden, wodurch sich die unter den verschiedenen anderen Einnahmen mit erlösende Vergütung für die Übertragung von Bauernwalterstellen entsprechend erhöht hat. 4 Stellen für Oberförster ohne Revier werden von der Fortbewegung an die Forstunterhaltung abgeteilt. Die Hilfs-Expedienten bei den Oberförstereien und Forstrevierämtern sollen künftig nicht mehr von den Amtverhältnissen, sondern vom Finanzministerium angenommen und entlassen und die ihnen zu gewährenden Begehungen sollen daher vom Jahre 1918 ab nicht mehr aus Verfügungsgeldern der Amtverhältnisse, sondern unmittelbar aus der Staatskasse bestritten werden. Erhöht wird die Aufwendung für öffentliche Ausgaben mit Rücksicht auf den von der Staatsforstverwaltung dem Reichsgericht vom 26. Juni 1916 gemäß zu entrichtenden Baccanalarbempel. Höherer Bedarf entsteht auch dadurch, daß sämtliche Revierverwaltungen Zentralrechnungskasse erhalten sollen. Die Fortbewerkmastkosten sind auf 1.630.700 M. (unverändert) und die Kuppelkosten auf 2.263.000 M. gegenüber 2.221.000 M. im vorigen Haushalt veranschlagt worden. Der Wiederbedarf an 58.000 M. beruht auf Verabfolgung des Durchschnittserlöses von 800.000 auf 780.000 Festmetern.

Von der Domänenverwaltung — fester Domänen und Jutzaden — (Kap. 2) werden Einnahmen in Höhe von 915.556 M. (+ 41.511 M.) erwartet, während die Ausgaben auf 130.617 M. (- 801 M.) veranschlagt worden sind, jedoch ein Überschuss von 785.339 M. (+ 42.315 M.) verbleibt. Die Hauptveranschlagung ist abgeändert worden, um das nur Wenigen verbleibende Grundvermögen „Jutzaden“ zu vermindern. Von den Einnahmen fließt der größte Teil, nämlich 545.083 M. (+ 47.362 M.) aus dem Domänenvermögen gebührenden Grundrenten und Steuern; in dieser Summe sind 239.187 M. (+ 10.993 M.) Pachtzinsen von den Kanonengütern, Gorbis, Kalktruff, Lohmen, Wägen, Ostra, Pragschütz, Sackenburg, Seibitz, Hauderode und Jella mit enthalten. Für die Zeit vom 1. Juni 1918 ab wird eine Haus- und Bauaufsichtsstelle für das zu einem Dienstgebäude für die Reichshauptmannschaft Dresden und die Amtshauptmannschaft Dresden-Mittels im Umbau begriffene alte Landhaus und die hinzugehörigen Grundstücke an der Frieße- und an der Schlegel- wegen des großen Umfangs der Gebäudegruppe angefordert.

Von den Kalkwerken (Kap. 3), deren noch 4 in Betrieb sind, wird bei 138.800 M. (+ 1169 M.) Einnahmen und 128.230 M. (+ 4459 M.) Ausgaben ein Überschuss von 10.570 M. (- 3290 M.) erwartet. Von letzteren entfallen auf die einzelnen Werke: 6540 M. auf Lengfeld, 3760 M. auf Grunddorf und 270 M. auf Oberheide. Bei Untervollbetrieb gleichen sich Einnahmen und Ausgaben aus. Wenn sich die Ertragsverhältnisse bei den Kalkwerken unterwiesentlich und Oberheide nicht besser, soll nach Beendigung des Krieges die Betriebsaufstellung erzwungen werden.

Bei den Kohlenfelder-Oberflächen (Kap. 4), werden die Einnahmen auf 353.600 M. (+ 25.900 M.) und die Ausgaben auf 185.850 M. (+ 57.580 M.) veranschlagt, woraus sich ein Überschuss von 167.750 M. (- 31.680 M.) ergibt. Höherer Bedarf ist für Bauaufwendungen vorgesehen, weil insbesondere weitere Grundstücke mit Gebäuden hinzugekauft sind und ein künftig wegfallen-

der Betrag von 42.300 M. in der Hauptsache zur Verbesserung der Wirtschaftsgebäude und Erhöhung der Ertragsfähigkeit mehrerer Pachtgüter dringend erforderlich ist.

Der Haushaltplan der vermiechten Hofapotheke (Kap. 5) ist unverändert geblieben. Er weist wieder 55.035 M. Einnahmen, 1600 M. Ausgaben und 33.435 M. Überschuss auf.

Bei dem Eisenbade (Kap. 6) erwartet man 546.900 M. (+ 151.800 M.) Einnahmen und 473.300 M. (+ 92.200 M.) Ausgaben, mithin einen Überschuss von 73.600 M. (+ 52.600 M.). Die Kurgebühren sind auf 135.000 M., mithin um 35.000 M. höher, und die Pächterlöse auf 300.000 M., mithin um 100.000 M. höher, veranschlagt, weil — entgegen der Annahme im vorigen Haushaltsplan — die Zahl der Badegäste im Nachhinein begriffen ist. Der Mehrbedarf wird hauptsächlich für den Ausbau des Jägergrüner Moores, für Vorkerkungen an die Moer- und die Gartenarbeiter und für mit Rücksicht auf den Krieg vorläufig zurückgestellt, nun aber nicht länger ausbleibende Bauforderungen angefordert. Der für das Bad bestehenden Mängel (seitlicher Heizkessel) sollen wieder 35.000 M. zugeführt werden.

Der Haushaltplan für die Leipziger Zeitung (Kap. 7) schließt bei 238.500 M. (+ 24.000 M.) Einnahmen und 229.260 M. (+ 18.021 M.) Ausgaben mit 9240 M. (+ 5096 M.) Überschuss ab. 16.570 M. höherem Bedarfs für Herstellung der Zeitung stehen 24.000 M. Mehrerlöse durch Erhöhung der Einrichtungsgebühren gegenüber.

Die Porzellanmanufaktur (Kap. 8) sieht 2017.000 M. (+ 21.000 M.) Einnahmen, 1812.500 M. (- 185.500 M.) Ausgabe und somit 204.500 M. (+ 164.500 M.) Überschuss vor. Die Erlöse aus den Porzellanwaren werden auf 2.000.000 M., gegenüber 1.955.000 M. im vorigen Haushalt um 50.000 M. höher veranschlagt. Die Höherveranschlagung gründet sich auf Beförderung der Erzeugnisse (1914: 1.469.486 M., 1915: 1.347.168 M., 1916: 1.886.519 M.). Bei den übrigen Einnahmen werden unter Berücksichtigung der Preisverhältnisse 26.000 M. weniger erwartet. Dem Ausgaben-Mehrbedarf insbesondere wegen Erhöhung der Rohstoffpreise steht Kinderbedarf infolge geringeren Betriebsumfanges und an einmaligen außerordentlichen Ausgaben gegenüber. Ausgaben für Neuanlagen sind in Höhe von 50.000 M., gegenüber 25.000 M., zur Errichtung eines Vorrats- und Verfertigungsraums in der Hauptwerkstatt veranschlagt. Der jährliche Vorrats- und Verfertigungsraum wird anderweitig gebildet.

Beim Steinfabrikwerke zu Zandorbe (Kap. 9) wird 5699.500 M. (+ 2.405.500 M.) Einnahmen, 4914.500 M. (+ 2.211.650 M.) Ausgabe und 785.000 M. (+ 1.965.850 M.) Überschuss erwartet. Von der Gesamtsumme stellen 5650.000 M. (+ 2.405.500 M.) Erlöse aus den Kalken dar, wobei die Verkaufsmenge wie im vorigen Haushaltsplan auf 3150.000 hl, der Erlös für 1 hl aber durchschnittlich mit 18 M. Pf. (einschließlich der Kohlensteuer mit rund 180 Pf.) eingeschätzt sind, gegen 101,12 Pf. im Jahre 1914, 115,92 Pf. im Jahre 1915 und 131,63 Pf. im Jahre 1916. Die Kalkausgaben an 950.000 M. beim Grundbesitzer, 75.000 M. bei der Maschinenunterhaltung usw. und 101.000 M. bei der Aufbereitung sind in der Hauptsache auf ungenügender Abwehrverhältnisse und Verteuerung der Rohstoffe zurückzuführen. Neu eingeschätzt wurden 930.000 M. Kohlen- und Umhängeenergie. Zu einmaligen Ausgaben für Neuanlagen und Grundbesitzerwerbungen werden 95.000 M. (+ 54.750 M.) angefordert. Dabei handelt es sich u. a. um den Bau einer neuen Versuchshütte, die Beschaffung elektrischer Antriebs für die Hauptverwertungsanlage und die Beschaffung eines Kraftwagens mit Anhängerwagen und eines Wagenkessels dazu bei den Königin-Carola-Schächten sowie um den Einbau von drei Aufzügen mit elektrischem Antriebe bei der Döhleener Wäde.

Der Braunkohlenwerke Leipzig (Kap. 10) sieht 243.800 M. (+ 99.000 M.) Einnahmen, 201.800 M. (- 90.000 M.) Ausgaben und 42.000 M. (- 30 M.) Überschuss vor. Die Erlöse aus den Kohlen sind auf 287.800 M. (+ 99.000 M.) veranschlagt, wozu ein Verkaufserlös von 500.000 hl (1914: 17.000 hl) und unter der Annahme, daß wieder mehr hochwertige Grobkohlen gewonnen werden können, ein durchschnittlicher Verkaufspreis von 38 Pf. (1914: 17,28 Pf.) für 1 hl und einschließlich der Kohlensteuer von 45,56 Pf. zugrunde gelegt sind. An Mehrbedarf sind vorgesehen: 23.000 M. für den Grundbesitzer wegen früherer Fördermenge, wegen Verteuerung der Rohstoffe und weil infolge der Abtragung des Abzuges mit vermehrter Brennholzlieferung und Sonderunterhaltung zu rechnen ist, 20.000 M. (10.000 M. gemindert) zur Wiederbeschaffung eines Kraftwagens, 38.000 M. Kohlen- und Umhängeenergie (neu) und 27.000 M. (13.800 M. gemindert) Verfügungsgeldern für die Einrichtung einer elektrisch angetriebenen Förderanlage.

Die staatlichen Hüttenwerke bei Freiberg (Kap. 11) weisen in der Veranschlagung 22.728.195 M. (+ 2.902.300 M.) Einnahmen, 22.279.895 M. (- 2.879.600 M.) Ausgaben und 448.300 M. (+ 2.270 M.) Überschuss auf. Von den Einnahmen entfallen 22.409.864 M. (+ 2.872.619 M.) auf die Erzeugnisse, wobei als Preis für 1 kg Silber 120 M., für 1 da Wei 45 M. und für 1 da Kupfer in Betrieb 210 M. gegen 80, 37 und 160 M. im vorigen Haushaltsplan angenommen worden sind. Die Erhöhung des Gesamtwerts der auszubehandelnden Erzeugnisse beruht auf den allgemein höher eingestellten Preisen trotz der teilweise geringeren veranschlagten Metallmengen. Den höheren Einnahmen aus den Erzeugnissen stehen höhere Ausgaben für die Rohstoffe gegenüber, indem diese trotz geringerer Zugänge wegen höherer Preise auf 18.535.944 M. gegen 16.284.178 M., mithin um 2.251.766 M. höher veranschlagt waren. Nach dem in Aussicht genommenen Betriebe, nach der Beschaffenheit der zu verarbeitenden Rohstoffe und der herzustellenden Erzeugnisse, insbesondere aber wegen der eingetretenen Preissteigerungen waren auch die Betriebskosten um 508.524 M., mit 26.269.456 M. gegen 21.184.221 M., höher einzustellen. Außerdem wird eine Erhöhung des Bedarfs an Handlohn in Höhe von 94.090 M. erwartet. Die im vorigen Haushaltsplan als künftig wegfallend bezeichnete Steigerwerke ist eingeschlossen worden.

Unter Kap. 12, ferner die staatlichen Erzeugnisse zu fassen, erscheint der Haushalt der staatlichen Braunkohlenwerke (mit Ausnahme des Braunkohlenwerkes zu Leipzig). Die Einnahmen für die staatlichen Braunkohlenwerke sind erstmalig im Haushaltsplan zum Haushaltsjahr 1916/17 vorgesehen, nachdem das Werk Vitzschke in Vitzschke zu Beginn des Jahres 1917 in den Besitz und Betrieb des Staates übergegangen ist. Das besondere Kapitel 10 für das Braunkohlenwerk Leipzig soll nur solange beibehalten werden, als dieses Werk noch nicht der Direktion der staatlichen Braunkohlenwerke untersteht. Beim Braunkohlenwerk Vitzschke sind die im außerordentlichen Haushaltsplan 1916/17 bewilligten Neuanlagen, darunter insbesondere die neue Vergasungsanlage, in beschleunigtem Angriff genommen worden, und es steht trotz der noch anhaltenden Ungunst der Preisverhältnisse zu erwarten, daß sie bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 dem Betrieb übergeben werden können. Neben dem Werk Vitzschke soll in den Jahren 1918 und 1919 auch das im Jahre 1917 erworbenere Braunkohlenwerk in Dauton fortbetrieben werden. Dieses Werk ist zwar derzeit nur wegen der zu ihm gehörigen, erst für spätere Verwendung in Aussicht genommenen Vorräte an abwaschbarer Kohle angekauft worden, gleichwohl soll aber der Betrieb desselben, um

den örtlichen Bedarf an Kohle zu decken, zunächst noch weitergeführt werden. Für die genannten Betriebe in Vitzschke und Dauton sind nun für 1918/19 bei Kap. 12 gemindert veranschlagt: 3.547.560 M. (+ 2.991.560 M.) Einnahmen und 3.289.460 M. (+ 2.698.960 M.) Ausgaben. Als Überschuss ergibt sich hiernach der Betrag von 258.100 M., während im Haushaltsplan 1916/17 ein Aufschuß von 34.500 M. vorgesehen ist. Von den Einnahmen entfallen 3.432.560 M. auf die Erzeugnisse, nämlich 705.600 M. für 3.625.000 hl = 258.928 t Rohkohle zu durchschnittlich 19,45 Pf. für 1 hl oder 24 M. 72 Pf. für 1 t, 985.500 M. für 66.750 t Braunkohle zu rund 14 M. 76 Pf. für 1 t und 1.359.000 M. für Erzeugnisse aus der Vergasung. Hierzu tritt noch als Durchlaufpost die unter den Ausgaben gleichfalls vorgesehene Kohlensteuer in Höhe von 391.460 M. Neu angefordert werden Bestellungen für 2 Bauamtmänner, 1 Obersekretär, 2 Sekretäre, 1 Bureauassistenten, 1 Bauberechnungs- und 1 Zeichner. Gegenwärtig sind an planmäßigen Beamten 2 Inaktiven und 1 Kassierer vorhanden. Unter diesen Staatsdienern ist eine größere Anzahl von Berufsbeamten ohne Staatsdienerqualifikation nötig. Die Betriebskosten, wozu die Kosten für den Abraumtrieb, die Wasserhaltung, die Kohlenreinigung, die Verfestigung, die Vergasung, den Biegebetrieb und das Dampfmaschinenwerk gehören, sind auf 1.752.000 M. veranschlagt. Zu Neuanlagen und Grundbesitzerwerbungen werden 150.000 M. angefordert. Zur Braunkohlenlieferung für die Bergakademie zu Freiberg ist ein Beitrag von 100.000 M., gemindert um 50.000 M., vorgesehen. Die Bergakademie des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues stehen nämlich im Begriff, eine Stiftung „Braunkohlenlieferung an der Königl. Bergakademie Freiberg“ zu errichten, die den Zweck hat, an dieser Hochschule die Lehr- und Fortbildungstätigkeit des Braunkohlenbergbaues, einschließlich der Weiterverarbeitung und Verwertung seiner Erzeugnisse, zu fördern. Die Stifter erwarten, daß auch die staatlichen Braunkohlenwerke einen Stützungsbeitrag leisten.

Für das Maschinenwerk Oberheide (Kap. 13) sind die Einnahmen um 235.500 M. höher als im vorigen Haushalt, nämlich auf 1.761.800 M. gegen 1.526.300 M. veranschlagt, vor allem weil gegenüber 1916/17 schätzungsweise mit nahezu derselben Gesamtmenge der hauptsächlichsten Erzeugnisse, aber mit höheren Verkaufspreisen gerechnet wird. Den Einnahmen stehen 1.737.500 M. (+ 235.200 M.) Ausgaben gegenüber, jedoch 24.300 M. als Überschuss verbleiben gegen 24.000 M. im vorigen Haushaltsplan. Bei den Bestellungen ist der Betrag für die bisher als künftig wegfallend bezeichnete Steigerwerke abgegangen. Im übrigen betrafen die Mehraufwendungen vorwiegend in der Steigerung der Preise für Betriebs- und Rohstoffe.

Das staatliche Fernheiz- und Elektrizitätswerk zu Dresden (Kap. 14) schließt mit 475.150 M. Einnahmen (+ 137.270 M.) und 400.040 M. (- 174.696 M.) Ausgaben ab, jedoch ein Überschuss von 75.110 M. (- 37.426 M.) zu erwarten ist. Von den Einnahmen entfallen 458.000 M. auf Lieferung von Wärme und Elektrizität an die an das Werk angeschlossenen Gebäude, gegenüber 315.000 M. im vorigen Haushaltsplan. 143.000 M. mehr, namentlich infolge Erhöhung der Einheitspreise für Wärme und Strom und durch Neuanbau des früheren Leubhauses. Mehrbedarf bei den Ausgaben wird vor allem verursacht durch das Steigen der Brennstoffpreise und der Abschreibung.

Bei der Münze (Kap. 15) gleichen sich Einnahmen und Ausgaben mit je 26.830 M. (+ 8.672 M.) gegenseitig aus. Zu einmaligen Ausgaben sind u. a. 9500 M., gemindert um 4750 M., für Vergrößerung der Münzwerkstätte, die sich infolge des andauernd starken Betriebes als zu klein erwies, vorgesehen.

Der Haushaltsplan der Staatseisenbahnen (Kap. 16), bei dem es sich zugleich um die vom Staate erbauten Straßenbahnen sowie um Betrieb der Staates an nichtstaatlichen Straßenbahnen und ähnlichen Verkehrsunternehmen und um staatliche Kraftwagenlinien handelt, schließt in den Einnahmen mit 247.042.000 M. (+ 34.976.000 M.), in den Ausgaben mit 237.744.379 M. (+ 30.427.595 M.) und daher mit einem Überschuss von 9.297.621 M. (+ 4.548.405 M.) ab. Von den Einnahmen entfallen 244.558.000 M. (+ 34.232.000 M.) auf den Betrieb der eigentlichen Staatseisenbahnen, 1.650.000 M. (+ 470.000 M.) auf die Straßenbahnen usw. und 825.000 M. (+ 214.000 M.) auf die Kraftwagenlinien. Die Betriebseinnahmen der Staatseisenbahnen setzen sich zusammen aus 79.000.000 M. (+ 8.500.000 M.) aus dem Personen- und Güterverkehr, 145.500.000 M. (+ 21.500.000 M.) aus dem Güterverkehr, 6.455.000 M. (+ 978.000 M.) aus der Verladung von Waren und Leistungen zugunsten Dritter, 6.703.000 M. (+ 2.949.000 M.) aus der Verladung von Fahrzeugen, 2.930.000 M. (+ 133.000 M.) aus Entgelten von Veranlagungen und 3.880.000 M. (+ 237.000 M.) aus verschiedenen anderen Einnahmen. Der Veranschlagung der Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr und aus dem Güterverkehr ist die Annahme zugrunde gelegt worden, daß im Jahre 1918 der Verkehr demjenigen des Jahres 1913 ungesähr gleichkommt, im Jahre 1919 aber infolge Eintritts friedlicher Verhältnisse eine Steigerung um 4 v. H. zu erwarten ist. Neben der angenommenen Verkehrsteigerung liegt die Höherveranschlagung der Einnahmen in beabsichtigten Tarifveränderungen begründet. Beim Personenverkehr ist eine solche erst für die Zeit vom 1. April 1918 ab beabsichtigt. Von den Reinerlösen aus der Überlassung von Bahnanlagen und Leistungen zugunsten Dritter entfallen insbesondere 756.000 M. auf die Leistungen für die in den Werkstätten ausgeführten Arbeiten; ihnen stehen aber höhere Ausgaben gegenüber. Der höhere Betrag für Überlassung von Fahrzeugen ergibt sich im wesentlichen aus der Berechnung des Güterwagenbestandes. Von den unter den verschiedenen Einnahmen eingeschätzten Beträgen entfallen 3.231.000 M. auf Pacht- und Mietzinsen sowie wirtschaftliche Nutzungen aus Gebäuden und Grundstücken (- 130.000 M. hauptsächlich für Dienstmitbewohnungen und Mietwohnungen). Bei den staatlichen Straßenbahnen sind als Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr: 1.637.000 M. (+ 462.400 M.) veranschlagt. Für den Personenverkehr ist die Einnahme in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis 30. Juni 1917 zugrunde gelegt und die Steigerung infolge Einführung eines neuen Tarifs vom 1. September 1917 ab berücksichtigt worden, während für die Veranschlagung der Einnahmen aus dem Güterverkehr in der Hauptsache der Durchschnitt der Jahre 1913 bis 1916 unter Berücksichtigung einer Tarifsteigerung maßgebend war. An Einnahmen aus dem Personen-, Gepäck- und Güterverkehr der Kraftwagenlinien werden 640.000 M. (+ 123.750 M.) erwartet. Der Veranschlagung liegt eine durchschnittliche jährliche Leistung von 1 Mill. Kraftwagenkilometern im Personenverkehr und 100.000 Kraftwagenkilometern im Güterverkehr zugrunde. Für letztere ist unter Berücksichtigung einer für 1. Januar 1918 in Aussicht genommenen Tarifsteigerung in Personenverkehr ein Durchschnittsbetrag von 54 Pf. für letztere ein solcher von 100 Pf. für 1 km angenommen worden. Die veranschlagten Gesamtausgaben des Kap. 16 verteilen sich auf 194.963.000 M. (+ 26.701.000 M.) auf Betriebsausgaben der eigentlichen Staatseisenbahnen, 1.452.000 M. (+ 280.000 M.) auf Ausgaben der Straßenbahnen und 825.000 M. (+ 214.000 M.) auf Ausgaben der Kraftwagenlinien. Dazu kommen noch 28.997.340 M. (+ 2.424.704 M.) Beitrag zur Verzinsung und